

Unverkäufliche Leseprobe



**Gabriele Krone-Schmalz
Russland verstehen**

Der Kampf um die Ukraine und die
Arroganz des Westens

176 Seiten mit 2 Karten. Klappenbroschur
ISBN: 978-3-406-67525-6

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/14291912>

1. Kapitel

Der Auftakt oder: Wie alles anfing

Haben Sie einmal darauf geachtet, wie in Politik und Medien beim Thema Ukraine mit den Begriffen EU und Europa umgegangen wird? In gefühlten neunzig Prozent der Fälle müsste es EU und nicht Europa heißen. Aber diese Begriffe lösen Unterschiedliches aus, weil sie unterschiedlich besetzt sind. Platt formuliert: Europa stellt einen Wert dar, die EU eher ein Ärgernis und zunehmend ein Risiko. Es sind diese entlarvenden unterschweligen Wertungen, die immer wieder zeigen, wie tief das negative Russlandbild sitzt. Denn wer wollte ernsthaft behaupten, dass Russland nicht zu Europa gehört. Selbst bei Skype ist Russland im Europa-Abo enthalten. Und in Kreuzworträtseln wird Moskau als europäische Hauptstadt gesucht. Aber in der Diskussion um die künftige Orientierung der Ukraine wird aus Europa und Russland ein Gegensatz.

Erinnern Sie sich noch an die Anfänge? Als das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine kurz vor der Unterzeichnung stand und dann vom damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im letzten Moment doch nicht unterzeichnet wurde. Es gab einige Wenige in Politik und Medien, die zu einem sehr frühen Zeitpunkt davor warnten, dass es die Ukraine zerreißen könnte, wenn sie sich zwischen EU und Russland entscheiden muss. Denn genau in diese Situation wurde die Ukraine von Seiten der EU gebracht, wissentlich oder ver-

sehentlich, das macht in der Konsequenz kaum einen Unterschied. Die in siebzig Jahren Sowjetunion gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen, geliebt oder nicht, sind nicht mit einem Federstrich aus der Welt zu schaffen. Die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen der Ukraine und Russland, geliebt oder nicht, lösen sich nicht dadurch auf, dass die EU mit wirtschaftlichen Chancen und Werten lockt.

Aufgabe von Journalisten ist es, sich dieses umfangreiche, im üblichen Juristendeutsch verfasste, schwer zu verstehende Assoziierungsabkommen durchzulesen oder zumindest mit jemand Vertrauenswürdigem zu sprechen, der sich dieser Mühe unterzogen hat, um über ein paar Dinge zu stolpern. Mehrere Artikel beschäftigen sich ausdrücklich mit «Konvergenz» in Sicherheitsfragen, es ist von der Vertiefung militärischer Zusammenarbeit die Rede, sowie von der «immer tieferen Einbeziehung» der Ukraine in die europäische Sicherheitsarchitektur. Artikel 4, Absatz 2 spricht von «gemeinsamem Krisenmanagement» bei «regionalen Herausforderungen und Schlüsselbedrohungen». Wie soll Russland das verstehen? Und würden Sie das in einem EU-, nicht NATO-Assoziierungsabkommen erwarten?

Journalistisch – nicht politisch – gedacht, muss man stutzig werden und nachfragen. Journalistisch *und* politisch gedacht, könnte man auf die Frage kommen, warum sich Brüssel, Kiew und Moskau nicht an einen Tisch setzen, um gemeinsam zu beraten, wie man das Beste für die Ukraine herausholt (die Ende 2013 faktisch pleite war) und damit letztlich auch das Beste für deren westliche und östliche Nachbarn. Aber dieser Gedanke fand im

16 Der Auftakt oder: Wie alles anfing

Gros der Medien keine Beachtung und EU-Parlamentarier, die sich in den diversen Talkshows die Klinke in die Hand gaben, wiesen diese Überlegung als absurd, ja geradezu unanständig zurück. Was hat Moskau damit zu tun? Eben doch eine ganze Menge, wenn man nüchtern und nicht ideologisch oder anders vorbelastet an die Sache herangeht. erinnert sich noch jemand daran, dass die EU 2012 den Friedensnobelpreis verliehen bekam? Für über sechs Jahrzehnte, in denen sie zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beigetragen hat.

In diesem unwürdigen Gezerre um die Ukraine – hier die EU mit ihrem Assoziierungsabkommen, dort Russland mit seiner Zollunion – ist etwas Entscheidendes völlig in den Hintergrund gerückt: die ukrainische Gesellschaft, das ukrainische Volk mit all seinen inneren Widersprüchen. Fakt ist, dass Viktor Janukowitsch 2010 regulär zum Präsidenten gewählt worden ist, das haben damals ausländische Wahlbeobachter bestätigt. Fakt ist aber eben auch, dass er überaus dumm und gierig agiert hat, so dass er innerhalb kürzester Zeit sowohl die Eliten als auch weite Teile der Bevölkerung gegen sich aufgebracht hat – sowohl im Westen als auch im Osten des Landes.

Wie kam es zu den Protesten auf dem Maidan? Und wer hat da überhaupt protestiert? Der allseits unbestrittene Anlass ist klar: Am 28. November 2013 verweigerte Janukowitsch auf einem Gipfeltreffen in der litauischen Hauptstadt Vilnius die Unterschrift unter das EU-Assoziierungsabkommen, das jahrelang verhandelt worden war. Die ukrainische Bevölkerung wurde im Übrigen, wie in

vielen anderen europäischen Ländern auch, zu keinem Zeitpunkt an der Entscheidung beteiligt. Ein entsprechendes Referendum lehnte die ukrainische Regierung noch im Oktober 2013 ab. Das könnte auch etwas mit Umfrageergebnissen zu tun haben. Im April 2013 stimmten laut einer Erhebung des Kiewer Rasumkow-Zentrums lediglich 42 Prozent für das EU-Assoziierungsabkommen, ein Drittel (33 Prozent) sprach sich für die Zollunion mit Russland aus, an der auch Weißrussland und Kasachstan beteiligt sind, und ein Viertel der Befragten wollte keines der beiden Modelle (12 Prozent) oder fand es «schwer zu sagen» (13 Prozent). Begeisterung sieht anders aus.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion sind nahezu alle Hoffnungen in der Ukraine auf einen besseren Lebensstandard und verlässlichere politische Verhältnisse zerstört worden. Die politische Elite gebärdete sich noch gefräßiger als zu Sowjetzeiten. Die Ukraine wurde nicht mit offenen Armen im Westen aufgenommen, dafür war sie zu groß und geopolitisch zu kompliziert gelegen. Die Menschen mussten feststellen, dass es ihnen auf nahezu allen Gebieten schlechter ging als den Nachbarn in Russland. Ukrainische Oligarchen konnten noch selbstherrlicher agieren, nahezu jeder leistete sich seinen eigenen Fernsehsender. Die Enttäuschungen nach der so genannten «Orangen Revolution», als sich die vermeintlichen Retter teilweise korrupter benahmen als ihre Vorgänger und sich auf Kosten des Landes heillos zerstritten; die größer werdenden existentiellen Probleme in einem quasi bankrotten Staat; und die Sehnsucht, nach all den Entbehrungen und Unsicherheiten endlich ein normales auskömmli-

18 Der Auftakt oder: Wie alles anfing

ches Leben führen zu können – das war in etwa die Stimmungslage. In dieser Situation, als eine wie auch immer geartete Annäherung an den Westen (wo es den Menschen doch besser geht, wie man weiß) kurzfristig zunichtegemacht wurde, entlud sich der Zorn auf die durch und durch korrupte Führung des Landes, was von den Oligarchen wohlwollend aufgenommen und unterstützt wurde, die durch die schamlose Umverteilung Janukowitschs erheblich benachteiligt worden waren. Der hatte während seiner Amtszeit einträgliche Geschäfte systematisch seinen Söhnen zugeschanzt.

Bei der ersten Demonstrationswelle Ende 2013 ging es nicht um die politische oder gar ideologische Frage West oder Ost, es ging – bei allem Respekt – auch nicht in erster Linie um westliche Werte. Es ging um ein besseres Leben, zu dem letztlich auch die Werte gehören, die der Westen für sich reklamiert, auch wenn er selbst sie nicht selten verletzt, wenn es den eigenen Interessen dient. Aber das ist ein anderes Thema. Umfragen auf dem Maidan, die das unabhängige ukrainische Gorshenin-Institut am 2. Dezember 2013 durchführte, ergaben folgendes Bild: 55 Prozent waren dort, weil sie den Sturz der Regierung wollten, nur 28 Prozent nannten als Grund das EU-Assoziierungsabkommen.

Ein Kardinalfehler des ukrainischen Präsidenten und seiner Regierung bestand darin, die Demonstrationen aussitzen zu wollen. Statt mit diesen friedlich protestierenden Bürgern in einen Dialog zu treten, hat man sie in klirrender Kälte Woche für Woche ignoriert. Wie naiv oder arrogant muss man sein, um nicht zu erkennen, dass die lange Zeit und die eisigen Temperaturen Gewaltbereitschaft fördern, zur Radikalisierung beitragen und für In-

teressengruppen verschiedenster Art ein gefundenes Fressen darstellen.

Am 30. November, zwei Tage nach der geplatzten Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens, harren noch etwa fünfhundert Studenten auf dem Maidan aus. In der Nacht, gegen vier Uhr am 1. Dezember, geht die Polizei mit großer Brutalität gegen sie vor. Es fließt Blut. Ein paar Stunden später sind die Demonstranten nicht etwa verschwunden, sondern der Maidan füllt sich mit Hunderttausenden aufgebrachter Bürger jeden Alters und aller Schichten. Auch jetzt gibt es von Janukowitsch kein politisches Signal, das darauf hindeutet, diese Proteste ernst nehmen zu wollen. Bestehende Oppositionsparteien schließen sich dem Protest an. Da ist die Partei «Vaterland» der ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, die zu dem Zeitpunkt noch im Gefängnis sitzt, aber später dazustößt; dann die Partei «Udar» mit dem mehrfachen Boxweltmeister Vitalij Klitschko an der Spitze; sowie die rechtspopulistische Partei «Swoboda». Die große Mehrheit – unabhängige Beobachter sprechen von achtzig Prozent – stellen allerdings parteipolitisch nicht gebundene Oppositionelle, die eine Selbstverwaltung der Maidan-Bewegung gründen. Auch rechtsradikale Splittergruppen gesellen sich dazu, wie etwa der «Rechte Sektor». Manche sprechen von insgesamt etwa fünfhundert Männern (belastbare Zahlen gibt es nicht), die mit Gewehren, Katapulten und Molotowcocktails bewaffnet den bislang mehr oder weniger friedlichen Protesten einen Gewaltstempel aufdrücken.

Ohne sich im Einzelnen um die politischen Wünsche der Demonstranten zu kümmern, geht von außen das

20 Der Auftakt oder: Wie alles anfing

große Gezerre um die Ukraine weiter, ungeachtet dessen, wie fahrlässig und überaus gefährlich es ist, diese Situation geopolitisch zu instrumentalisieren und die einen gegen die anderen ausspielen zu wollen, ganz gleich von welcher Seite. Nach meinem Verständnis von Journalismus wären Analysen und Kommentare zu diesem wichtigen Thema das Gebot der Stunde gewesen, statt sich – aus welchen Gründen auch immer – auf eine Seite zu schlagen und ein Paradebeispiel dafür abzugeben, was man in der Wissenschaft «selektive Wahrnehmung» nennt. Nur noch das, was man wahrnehmen möchte, was den eigenen Vorstellungen entspricht, findet den Weg ins Bewusstsein, alles andere wird ausgeblendet. Menschen, auch Journalisten, funktionieren so. Aber der Beruf des Journalisten erfordert es, sich dessen bewusst zu sein und gegenzusteuern, so gut wie möglich. Es hat ja Gründe, warum sich in bisher nie gekannter Zahl Leser, Hörer und Zuschauer bei den jeweiligen Medien über einseitige Berichterstattung beschweren und der ansonsten eher dezent agierende Programmbeirat der ARD in einem internen Papier von «antirussischen Tendenzen» spricht und Versäumnisse bei der Erklärung von Hintergründen und Zusammenhängen auflistet. Einzelne Beiträge, die sich um eine umfassende Sichtweise bemühen, können das festgefahrene Bild von eindeutig Guten und eindeutig Bösen nicht nachhaltig korrigieren.

Im Folgenden geht es mir darum, ein paar Dinge sauber auseinanderzuhalten, Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln und darauf zu achten, nicht mit zweierlei Maß zu messen. Ich werde das am Beispiel der Krim in groben Zügen darlegen. Fakt ist, dass die Krim eine sehr wech-

selvolle Geschichte hinter sich hat, aber seit Ende des 18. Jahrhunderts Teil des Russischen Reiches gewesen ist. Nikita Chruschtschow hat sie dann 1954 der damaligen Sowjetrepublik Ukraine geschenkt. Anlass war der Jahrestag der 300-jährigen Zugehörigkeit der Ukraine zum Russischen Reich. Die Gründe lagen auf innenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet. Chruschtschow war selbst Ukrainer, und innerhalb der damaligen Konstellation spielte diese Verschiebung keine allzu große Rolle, denn es passierte unter dem Dach der Sowjetunion. Als diese dann 1991 zerfiel, erwies sich die zur Ukraine gehörende Krim als gravierendes Problem. Dort war die Schwarzmeerflotte stationiert, und deren Oberbefehlshaber saß in Moskau und nicht in Kiew. Es bedurfte intelligenter internationaler Verhandlungen, um zu einer Lösung zu kommen, die dann folgendermaßen aussah: Die Krim erhält einen Sonderstatus, die Flotte bleibt da und bleibt russisch und Sewastopol ist de facto russisch. Das hat über die Jahre mehr oder weniger gut funktioniert. Es kann natürlich dann nicht mehr funktionieren, wenn sich die geopolitische Lage der Ukraine dramatisch verändert. Wie naiv oder arrogant – auch hier treffen diese beiden bereits mit Blick auf den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch gebrauchten Begriffe zu –, wie naiv oder arrogant muss man sein, um diese Zusammenhänge im Vorfeld eines EU-Assoziierungsabkommens, das die Ukraine faktisch in den Westen «rüberzieht», nicht im Blickfeld zu haben.

Noch 2010 wurde der geltende Pachtvertrag zwischen der Ukraine und Russland, der 2017 ausgelaufen wäre, bis 2042 verlängert. Im Gegenzug verpflichtete sich Moskau zu günstigen Gaslieferungen. Nicht unerwähnt bleiben

22 Der Auftakt oder: Wie alles anfing

sollte auch, dass der westlich orientierte ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko 2008 im Rahmen des Georgienkrieges damit drohte, die Häfen der Krim für die russische Flotte zu sperren. Die strategische Bedeutung der Krim musste also jedem klar sein.

Im Zeitraffer: Auf dem Maidan in Kiew weiten sich die Proteste aus, Demonstranten besetzen den Platz dauerhaft, später auch Verwaltungs- und Regierungsgebäude. Scharfschützen tauchen auf, deren Herkunft bis heute nicht abschließend geklärt ist. Wie auch, wenn ein Generalstaatsanwalt mit der unabhängigen Untersuchung beauftragt wird, der selbst Mitglied der Partei «Swoboda» ist, also Vorgänge prüfen soll, die teilweise seinen eigenen Leuten angelastet werden? Interessiert noch irgendjemanden das Ergebnis? Jedenfalls gibt es Tote und Verletzte und dann kommt der 21. Februar 2014. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und seine Kollegen aus Frankreich und Polen reisen nach Kiew, und es gelingt ihnen, Janukowitsch davon zu überzeugen, ein Abkommen mit der Opposition zu unterzeichnen. Darin wird Folgendes vereinbart: Janukowitsch zieht die Polizei zurück, im Gegenzug räumt die Opposition die besetzten Gebäude, für Dezember werden Wahlen angekündigt und zwar nicht nur Parlaments- sondern auch Präsidentschaftswahlen, was Janukowitsch zuvor kategorisch abgelehnt hatte. Darüber hinaus werden die Rückkehr zur Verfassung von 2004, die dem Präsidenten weniger Vollmachten einräumt, und eine Verfassungsreform vereinbart. Bis dahin übernimmt eine Übergangsregierung, die alle Kräfte des Landes repräsentieren soll, die Geschäfte. Garant für dieses Abkommen ist die EU.

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de